

Fachpartner: Sachkundige Bürger

Einleitung:

Der Haushalt der Stadt Münster ist 2014 im Plus. Das ist aber hohen Schlüsselzuweisungen vom Land und der Entlastung bei der Zahlung in den Fond „Deutsche Einheit“ geschuldet. Für 2015 prognostiziert der Kämmerer wieder ein Defizit. Trotz niedriger Zinsen belastet der Schuldendienst die Stadt jährlich mit über 50 Mio. Euro. Bis 2020 (Schuldenbremse) muss die Stadt jedoch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Frage 1:

Wird Ihre Partei Steuern und Gebühren erhöhen, um das Defizit auszugleichen?

Bündnis 90/Die Grünen/GAL (Ratsherr Otto Reiners)

Also, wenn man neue Projekte auf den Weg bringen will, wie zum Beispiel ein Spaßbad, was ja seitens der SPD realisiert werden soll, dann muss man die Einnahmen der Stadt Münster durch zusätzliche Steuern erhöhen. Wir Grünen setzen auf eine solide Finanzpolitik in der Stadt Münster. Wir wollen sicherstellen, dass 2020 der Stadthaushalt ausgeglichen ist. Damit meinen wir, dass er strukturell ausgeglichen ist. Wir halten ein weiteres Drehen an der Steuerschraube für Gewerbe- und Grundsteuer für verzichtbar, vorausgesetzt, externe Faktoren, das heißt Landes- und Bundesmittel verändern die Eckdaten des Stadthaushaltes nicht nachdrücklich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die vom Bund zugesagte Unterstützung durch das Bundesteilhabegesetz auch realisiert wird. Auch von der Erhebung von neuen kommunalen Steuern halten wir wenig, wir setzen uns im Gegenteil sogar dafür ein, dass die absurde Tanzsteuer endlich abgeschafft wird. Auf die von CDU und SPD beschlossene Erhöhung der Grundsteuer um weitere 30 Punkte wollen wir verzichten. Die Verteuerung von Wohnraum in Münster gebietet es, in diesem Bereich zurückhaltend zu sein.

ödp (Ratsherr Franz Pohlmann)

Nein, werden wir nicht! Wir werden uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, die Finanzausstattung des kommunalen Haushalts durch eine Umstellung des Finanzierungsmodells zu erreichen. Wichtigster Punkt dabei ist die strikte Einhaltung des in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzips. Kurz gesagt bedeutet dies: Wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen. Es ist ein Unding, dass die Politik in Land und Bund sich bei den Wählern mit tollen Gesetzen einschleimt und die Kommunen dann auf den Kosten sitzen lässt! Außerdem ist die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle wegen ihrer „Unzurechnungsfähigkeit“ in der jetzigen Form ungeeignet. Sie ist starken Schwankungen ausgesetzt, und von daher für eine zuverlässige Planung des städtischen Haushalts denkbar ungeeignet. Außerdem fordert die ÖDP eine Reform der Grundsteuer. Die Bemessungsgrundlagen sind antiquiert und ungerecht und müssen aktualisiert werden.

FDP (Ratsfrau Carola Möllemann-Appelhoff)

Nein. Die FDP wird nicht den einfachen Weg der Steuererhöhung zum Defizitabbau gehen. Die Stadt Münster verzeichnet, wie Bund und Länder auch, von Jahr zu Jahr höhere Einnahmen. Statt höherer Steuern müssen wir vielmehr die Ausgaben den Einnahmen anpassen, wie das übrigens jeder Privathaushalt in einer solchen Situation auch tun muss. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer würde die Unternehmen zusätzlich belasten und schadet damit Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Höhere Grundsteuern würden auch Mieter und Eigenheimbesitzer gleichermaßen zusätzlich belasten.

DIE LINKE (Rüdiger Sagel)

Münster ist zwar eine reiche Stadt, aber mittlerweile auch in einer sehr schwierigen finanziellen Situation. Die Stadt ist mit über 700 Millionen Euro verschuldet, auch ein

„Wahl lokal 2014“ ist eine Bürgerfunk-Initiative zur Kommunalwahl 2014
des medienforum münster e. V.

www.medienforum-muenster.de



Ergebnis der Stadtpolitik von SPD und CDU in den letzten Jahren, die für den Haushalt Verantwortung zeigen; wir sehen, dass immer mehr gekürzt wird, in allen Bereichen. Und das ist etwas, was wir ablehnen. Wir sagen, wir wollen die finanzielle Situation verbessern, dazu muss es mehr Geld, zum Beispiel durch eine Millionär- oder höhere Spitzensteuer, geben. Das kann natürlich nur bundespolitisch gemacht werden, in Münster konkret sind wir aber der Meinung, dass man zum Beispiel die Gewerbesteuer für die Unternehmen erhöht, so dass da im Jahr ungefähr 5 Millionen Euro mehr reinkommen. Wir wollen auch nicht mehr, dass der Flughafen Münster-Osnabrück finanziell subventioniert wird, auch das sind jährlich 3 bis 4 Millionen Euro, und alles in allem hätten wir ungefähr 10 Millionen Euro mehr Einnahmen, so dass der städtische Haushalt aus unserer Sicht dann ohne Schulden auch finanziert werden könnte und Geld zusätzlich für viele andere Sachen da ist.

CDU (Ratsherr Gilbert Hartmann)

Münster hat eine gute Wirtschafts- und Haushaltslage. Wenn der Wirtschaftsmotor weiter läuft, die Gewerbesteuereinnahmen weiter fließen, ist alles gut. Aber: Die Schwankungen der Wirtschaft weltweit und im Münsterland lassen eine solide Planung der städtischen Einnahmen kaum zu. Die CDU steht daher auch weiterhin für eine ausgewogene, den jährlichen Haushaltsplanungen angepasste, Finanzpolitik. Wir denken dabei nicht nur in Haushaltsjahren, sondern sehen auch die mittelfristige Zukunftsperspektive für unsere Stadt, zum Beispiel die vorbildliche Bereitstellung von U3-Betreuungsplätzen. Das konnte nur geschafft werden, weil die Stadt Münster ihre finanziellen Ressourcen bündelte, und für diese zukunftsweisende Aufgabe einsetzen konnte. Der Haushaltsausgleich ist klares Ziel der CDU-Fraktion. Der baldige Schuldenabbau unserer städtischen Verbindlichkeiten ist wichtig, denn gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Gefahr, die von Schulden und den damit verbundenen Zinsrisiken ausgeht, auch für Münster massiv, deswegen ist vor allem das Land NRW gefordert, nicht mehr Aufgaben auf die Stadt zu verlagern. Soweit die finanzielle Gesamtlage der Stadt es zulässt, werden wir die Steuern senken. Münster muss sparen. Alle anderen Städte auch. Die Ausgaben der Städte steigen, zum Beispiel im Sozialbereich. Aber: Die Einnahmen lassen sich nicht beliebig erhöhen. Münster hat bereits hohe Gewerbesteuersätze, und wir wollen sie nicht weiter erhöhen.

SPD (Ratsherr Robert von Olberg)

Wir sind als SPD davon überzeugt, dass es um eine Balance geht bei der Haushaltspolitik, sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmeseite, um die Haushaltskonsolidierung nachhaltig zu erreichen. Deswegen schauen wir bei allen Haushaltsberatungen auf beides, das heißt, dass sozusagen beides in einem ausgewogenen Verhältnis ist. Nur Steuern zu erhöhen, um damit das Defizit auszugleichen, ist nicht unsere Herangehensweise, es geht immer auch um die Frage, welche Ausgaben wir uns als Stadt denn leisten können, also tatsächlich auch um Ausgabenkritik. Deswegen sagen wir sozusagen nicht von vornherein, welche Gebühren wir auf jeden Fall erhöhen wollen, weil das für uns kein Selbstzweck ist. Aber ein Beispiel nur: Wir haben in den letzten 5 Jahren jeden Haushalt in dieser Stadt mit verabschiedet, und wir haben ein einziges Mal an der Gewerbesteuerschraube gedreht, damals gemeinsam mit der CDU. Das zeigt aber, dass man eben auch eine vernünftige Haushaltspolitik machen kann, ohne jedes Mal die Steuern zu erhöhen, indem man nämlich eben auch, wie gesagt, auf beides schaut, Ausgaben und Einnahmen, dass beides im Lot ist, und das soll auch für die nächsten Jahre unser Herangehen sein.

Piratenpartei (Sebastian Kroos)

Die Piraten fordern stets, nicht immer nur auf die Ausgabenseite zu schauen, wenn das Geld knapp wird. In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Auf kommunaler Ebene können wir uns eine gemäßigte Grundsteueranhebung vorstellen, wenn es nötig wird. Die Grundsteuern A und B und auch die Gewerbesteuer liegen in Münster immer noch unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte in NRW, obwohl Münster ja mit hervorragender

Infrastruktur und anderen weichen Faktoren punkten kann. Daher sehen wir den Wohn- und Wirtschaftsstandort Münster nicht in Gefahr, wenn bei Grundsteuern maßvoll Anpassungen vorgenommen werden. Bei der Gewerbesteuer müssen wir noch auf die weitere Entwicklung achten. Hier bedarf es besonderer Umsicht. Bei Gebühren ist die tatsächliche Inanspruchnahme, zum Beispiel der Wasserverbrauch, die Voraussetzung für die Erhebung. Ein Klassiker sind die kommunalen Abfallgebühren, sie werden nicht erhoben, um einen Gewinn zu erzielen, sondern um die entstehenden Kosten der Abfallentsorgung zu decken. Mit einer Gebührenerhöhung kann grundsätzlich keine Deckung des städtischen Haushaltsdefizits erreicht werden. Wenn man bei einem gravierenden Haushaltsdefizit einen größeren Aufgabenumfang in Qualität und Quantität von der Kommune erwartet, dann muss man im ersten Schritt Prioritäten für bestimmte Aufgabenbereiche setzen und im zweiten Schritt kommt man gegebenenfalls nicht an einer Einnahmeerhöhung vorbei.

UWG (Uwe Raffloer)

Für Münster ist es wichtig, dass wir auch in den nächsten Jahren das Defizit auf null halten bzw. so weit wie möglich begrenzen. Als erstes wird die UWG dafür Sorge tragen, dass die Kosten, die über Bundes- und Landesgesetze auf die Städte übertragen werden, reduziert werden bzw. dafür eine Gegenfinanzierung geschaffen wird. Als zweites müssen wir auch in den kommenden Jahren trotz guter Konjunktur weiter sparen, um die Chance zu haben, Schulden abzubauen zu können. Sonderleistungen wie ein neues Schwimmbad, eine Musikhalle, oder auch das Preußenstadion sind schlicht und ergreifend nicht mehr finanzierbar. Die UWG hätte auch die 5 Millionen Euro für den Hauptbahnhof nochmal überprüft, denn dieser Zuschuss und die Grundlagen für diesen Zuschuss haben sich in den letzten Jahren erheblich geändert. Mit 5 Millionen Euro Mitteln hätte man 10 Erzieherinnen über 10 Jahre finanzieren können, damit man mal einen Vergleich hat, wie viel Geld wir jetzt dafür ausgeben. Wenn wir also in Münster solche Sonderleistungen noch erbringen wollen, dann ginge das nur über die Anhebung von Steuern und Gebühren. Aber darum lehnt die UWG dieses ab.